

A. Leitantrag an den 13. Landesparteitag

A.1. Partei ergreifen!

ÄA.1.3. Änderungsantrag zum Leitantrag

EinreicherInnen: Liebknecht-Kreis Sachsen

„Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein dutzend Programme.“
Karl Marx an Wilhelm Bracke, 5. Mai 1875

Aktionsprogramm für einen linken Aufbruch in Sachsen

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Anstelle eines Leitantrages wird auf dem Landesparteitag das nachstehende Aktionsprogramm mit den Schwerpunkten Beschäftigungspolitik, Bildungspolitik und Rentenpolitik beschlossen.
2. Der Landesvorstand wird beauftragt, unter Einbeziehung der Antragsteller bis zum September 2016 einen Maßnahmenplan zur konkreten Umsetzung des Aktionsprogramms zu erarbeiten. Dabei werden die auf dem letzten Landesparteitag beschlossenen Leitanträge A1, C1 und C2 sowie die danach im Landesvorstand gefassten Beschlüsse einbezogen.

Begründung:

Unsere Partei steht nach den Landtagswahlen vom 13. März 2016 nicht zuletzt durch den rasanten Aufstieg der rechtspopulistischen AfD vor existenziellen Herausforderungen. Dazu findet derzeit in der LINKEN eine lebendige Debatte statt, an der sich auch der Liebknecht-Kreis Sachsen mit einer Erklärung am 16. April beteiligt hat (siehe Links!, Ausgabe Mai 2016, S. 5). Eine Woche später meldeten sich die beiden Parteivorsitzenden mit ihrem Strategiepapier „Revolution für soziale Gerechtigkeit und soziale Demokratie. Vorschläge für eine offensive Strategie der LINKEN“ zu Wort, dessen Hauptzielrichtung wir ausdrücklich begrüßen. Auf dem Magdeburger Parteitag werden Ende Mai voraussichtlich drei Leitanträge zur gegenwärtigen politischen Situation in der Bundesrepublik und den sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen für DIE LINKE verabschiedet.

Angesichts dieser Fülle von programmatischen Stellungnahmen und dem Fakt, dass auf dem letzten Landesparteitag der sächsischen LINKEN drei weiterhin gültige, noch längst nicht in allen Aspekten realisierte Leitanträge im Gesamtumfang von 43 Seiten verabschiedet wurden, sind wir der Überzeugung, dass jetzt der mitgliederstärkste Landesverband der Partei keinen weiteren Leitantrag benötigt. Notwendig ist vielmehr, dass die von Kipping/Riexinger geforderten „Vorschläge für eine offensive Strategie der LINKEN“ auch in Sachsen konkret entwickelt und möglichst rasch in die Tat umgesetzt werden. Uns geht es mit dem vorliegenden Antrag darum, erste Schritte genau in diese Richtung zu gehen, um aus der gesellschaftspolitischen Defensive herauszukommen. Wir wollen uns dabei auf drei konkrete Politikfelder konzentrieren, die mitten in der Lebenswelt vieler Menschen liegen und bei denen wir außerhalb des Parlamentes auf Zuspruch und Unterstützung bauen können.

Darin liegt zugleich die Chance, verständlich zu zeigen, wie wir soziale Politik zum Nutzen aller in Sachsen lebenden Menschen machen wollen. Die Fortsetzung einer solidarischen Flüchtlingsarbeit und der aktive Kampf gegen alle Formen von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit (siehe den auf dem letzten Landesparteitag beschlossenen Dringlichkeitsantrag „Asyl – Die Herausforderungen annehmen“ bleiben selbstverständlich weiter ein unverzichtbarer Schwerpunkt unserer gegenwärtigen politischen Arbeit.

Es wird mit diesem Antrag zugleich angestrebt, die Vielzahl unserer Beschlüsse und Aktivitäten zu bündeln, damit sich die sächsische LINKE schneller in Richtung einer „kampagnenfähigen und aktiven Mitgliederpartei“ (Kipping/Riexinger) entwickelt. Im Übrigen sind wir der Meinung, dass Aufwand und Nutzen einer weiteren Leitantragsdebatte sowohl hinsichtlich der innerparteilichen Ausstrahlung und Mobilisierung als auch in der Wahrnehmung durch die Öffentlichkeit in einem krassen Missverhältnis stehen.

Entwurf des Aktionsprogramms:

DIE LINKE Sachsen konzentriert sich im Zeitraum bis zum Beginn des Bundestagswahlkampfes 2017, der inhaltlich natürlich vom Bundestagswahlprogramm bestimmt wird, vor allem auf die folgenden drei politischen Themenfelder, bei denen es emotional ansprechend und mit lebensweltnaher Sprache zu kommunizieren gilt.

I. Für eine beschäftigungspolitische Offensive

Sachsen gehört nach wie vor zu den Bundesländern mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit sowie einem überdurchschnittlich hohen Anteil an prekären Beschäftigungsverhältnissen. Deshalb tritt DIE LINKE für den Einsatz von Landesmitteln zur Schaffung von 50.000 existenzsichernden Arbeitsplätzen im Rahmen eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ein. Dies verstehen wir als einen wesentlichen Beitrag zur schrittweisen Überwindung von Hartz IV. Insbesondere geht es um die erhebliche Verbesserung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche, ältere Arbeitssuchende und Menschen mit Behinderungen. Zunehmende Bedeutung erlangt die rasche Einbeziehung von Flüchtlingen in die berufliche Tätigkeit.

Bei alledem muss dem Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ endlich flächendeckend Geltung verschafft werden. Das gilt insbesondere für die Überwindung der Benachteiligung von Frauen. Schluss sein muss mit einer Mehrklassengesellschaft der Lohnabhängigen auf dem Arbeitsmarkt. So treten wir für die Abschaffung von Leiharbeit sowie gegen die Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse durch Minijobs, unbezahlte Praktika und Kettenwerkverträge bzw. Kettenbefristungen ein. Es darf keine Ausnahmeregelungen vom gesetzlichen Mindestlohn geben, der existenzsichernd sein muss und umgehend auf 10 Euro sowie ab 2017 auf 12 Euro anzuheben ist, um künftige Altersarmut zu verhindern.

Die sächsische LINKE wird darüber hinaus Teil eines gesellschaftlichen Bündnisses zur Stärkung und Verallgemeinerung der Flächentarifverträge. Wir brauchen zwingend eine Stärkung der Tarifbindung und den Ausbau von Mitbestimmungsrechten in den Betrieben. Wir brauchen die Einführung der 35-Stunden-Wochenhöchst Arbeitszeit, wie sie in Frankreich bereits gesetzlich eingeführt ist, um Arbeit gerechter zu verteilen, neue Arbeitsplätze zu schaffen sowie physischer und psychischer Erkrankungen durch Arbeitsverdichtung entgegen zu wirken. Bei alledem stehen wir an der Seite der Gewerkschaften und sehen in ihnen die entscheidende Interessenvertretung der lohnabhängig Beschäftigten.

II. Für eine bildungs- und schulpolitische Offensive

Sachsens Schulsystem ist antiquiert, dessen Defizite werden immer sichtbarer. Die flächendeckende Unterrichtsversorgung kann nicht mehr vollständig gewährleistet werden, der Anteil der Jugendlichen mit keinem oder lediglich niedrigem Schulabschluss ist überdurchschnittlich hoch und es herrscht bereits heute Lehrermangel, der sich wegen zu erwartender Altersabgänge und der Abwanderung in andere Bundesländer weiter verstärken wird. Die Landesregierung sperrt sich gegen alle Forderungen nach grundlegenden Reformen etwa durch längeres gemeinsames Lernen, obwohl diese vielfältig von Lehrkräften, Eltern sowie Schülerinnen und Schülern erhoben werden.

Für DIE LINKE ist unter Einbeziehung aller Beteiligten dringendes Handeln geboten. Notwendig ist ein tragfähiges bildungs- und schulpolitisches Gesamtkonzept, das die Interessen von Schülern, Eltern und pädagogischem Personal bündelt. DIE LINKE tritt für das gemeinsame Lernen bis zur 8. Klasse, für die Begrenzung der Klassenstärke auf maximal 25, für die Durchsetzung inklusiver Bildung, für Lernmittelfreiheit, für gesetzlich verankerte Schulsozialarbeit sowie für eine auch im Vergleich mit anderen Bundesländern gerechte Eingruppierung der Gehälter des pädagogischen Personals ein.

III. Für eine rentenpolitische Offensive

Alle bisher im Bundestag vertretenen Parteien haben mittlerweile signalisiert, dass das Thema Rente ein Schwerpunkt im nächsten Bundestagswahlkampf sein wird. Einerseits verwundert das nicht, umfassen

doch Menschen im Rentenalter inzwischen mehr als zwei Fünftel aller Wahlberechtigten. Andererseits erhebt sich die Frage, weshalb die Regierungsparteien auf Bundesebene verschweigen, dass sie für die bereits in Gang gekommene Absenkung des Rentenniveaus sowie für die zunehmende Altersarmut verantwortlich sind. Allein DIE LINKE trat von Anfang an für gerechte Rentenregelungen ein und unterbreitete Vorschläge im Kampf gegen Altersarmut, die bereits heute in Sachsen bei ca. 15 Prozent liegt und bis zum Jahr 2030 auf etwa ein Drittel anzusteigen droht. Überdurchschnittlich sind dabei alleinerziehende Frauen betroffen.

Der Kampf gegen Altersarmut wird daher immer notwendiger. Deshalb muss auch die sächsische LINKE einen noch wirksameren Beitrag leisten, um endlich die deutsche Renteneinheit durch die unverzüglichen Angleichung des immer noch um 7,4 Prozent niedrigeren Rentenwertes in Ostdeutschland an das westdeutsche Niveau herzustellen und um das allgemeine Rentenniveau nicht weiter auf die geplanten 42 Prozent des letzten Nettolohnes absinken zu lassen, sondern zum ursprünglichen Ausgangswert von 53 Prozent zurückzukehren. Wir wollen nicht nur eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters verhindern, sondern erreichen, dass der Altersruhestand wieder mit spätestens 65 Jahren abschlagsfrei möglich ist. Für besonders langjährige Versicherte wird der Renteneintritt ab 63 Jahren beibehalten. Die Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit werden bei der Erfüllung der Wartezeit von 45 Jahren berücksichtigt. Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine solidarische Rentenversicherung und die Wiederherstellung der paritätischen, das heißt hälftigen Finanzierung der Kosten der Alterssicherung durch die Unternehmen, sind unser erklärtes Ziel.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____